

## Innenpolitik

# Zur Kritik des Finanzkapitals

Von Jakob Schäfer / 5. August 2012

Zur Kritik an Lucas Zeises Erwiderung (junge Welt v. 30.5.2012) auf die Ausführungen von Guenther Sandleben (ebenfalls junge Welt, 29.5.2012).

Zur Kritik an Lucas Zeises Erwiderung (junge Welt v. 30.5.2012) auf die Ausführungen von Guenther Sandleben (ebenfalls junge Welt, 29.5.2012).

Seit Rudolf Hilferdings Buch „Das Finanzkapital“<sup>1</sup> wird in weiten Teilen der marxistischen Linken sowohl die Theorie von der Verschmelzung des Industrie- und Bankenkapitals wie auch die der Durchsetzung der Monopole (und dem Ende der „freien Konkurrenz“) vertreten. Letztlich sind auch die neueren Ausführungen zum angeblich „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“<sup>2</sup> und zur „Herrschaft des Finanzkapitals“ nur eine Weiterentwicklung dieser Grundthesen und knüpfen dabei nahtlos an der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) an. Einer ihrer Vertreter ist Lucas Zeise. Auf den Themen-Seiten der jW vom 30.5.2012 versuchte er in seinem Artikel „Die Herrschaft des Finanzkapitals“ die Kritik von Guenther Sandleben zurückzuweisen, die einen Tag zuvor in der jW unter dem bezeichnenden Titel „Mythos Bankenmacht“ erschienen war. Im Folgenden soll in mehreren Schritten Zeises Kern-These auf den Prüfstand gestellt werden, die da lautet: „Die reale Ökonomie wird vom Kapitalmarkt aus gesteuert.“

Erstens

Mit dem viel benutzten aber wenig präzisen Begriff „Finanzkapital“ suggeriert Zeise, dass sich verschiedene „Kapitalarten“ miteinander vermengen oder vermischen und darüber eine besondere Macht ausüben würden. Auch andere Ausführungen zum „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ legen nahe, dass heute die gesamte Wirtschaft vom Finanzsektor aus beherrscht wird. Die Begründungen, die dafür geliefert werden, fallen allerdings wenig überzeugend aus. Obwohl Zeise sich an verschiedenen Stellen seines Beitrags auf die Marx'sche Theorie beruft, erklärt er nicht, wie die Kapitalmärkte ihre Steuerungsfunktion wahrnehmen können unter den Bedingungen des Wertgesetzes, das nach Marx'scher Erkenntnis doch die gesellschaftliche Warenproduktion reguliert. Das fiktive Kapital der Kapitalmärkte wird von Marx erst im dritten Band des Kapitals entwickelt, spielt also zunächst keine Rolle bei der Allokation des wirklich fungierenden Kapitals.

Eine dem Produktions- und Verwertungsprozess übergeordnete Leitungsinstanz<sup>3</sup> hatte Marx nicht ausmachen können, als er die Funktionsweise des Kapitals systematisch entwickelte. Zeise scheint zu vergessen, dass der Verwertungsprozess des Kapitals an die Erzeugung von Mehrwert im Produktionsprozess gebunden ist. Dieser Verwertungsprozess beinhaltet zwar, dass das eingesetzte Kapital Formveränderungen vollzieht, aber das darf nicht mit der Kreditnahme verwechselt werden. Industriell fungierendes Kapital ist per se gerade nicht dasselbe wie das Leihkapital, das die Bank (also ein anderes Kapital, das einen anderen Verwertungsmechanismus nutzt) als Kredit zur Verfügung stellt. Das Kapital braucht für seine erweiterte Reproduktion (Produktion und Reproduktion dürfen nicht als statische Angelegenheit begriffen werden)

regelmäßig den Kredit, den es als Geldkapital in eigener Regie vorschießt. Vom Standpunkt des Verwertungsprozesses spielt es keine Rolle, ob der Industriekapitalist die Lohnarbeiter mit eigenem oder mit dem Geld Anderer ausbeutet. Er ist es, der das Geschäft der Ausbeutung betreibt, nicht die verleihende Bank, die allerdings über den Zins davon profitiert.

Zweitens

Der kapitalistische Reproduktionsprozess muss als ein Ganzes gesehen werden, der auch den Zirkulationsprozess, Kauf und Verkauf von Waren, damit auch Geld und Kredit einschließt. Eine Trennung in eine „Realwirtschaft“ (wie Zeise und andere Autoren schreiben) und eine „Finanzwirtschaft“ entspricht nicht der realen Funktionsweise des Kapitals. Es ist auf alle drei Existenzformen (industrielles Kapital, Handelskapital, Bankkapital) angewiesen, ohne dieses kann der Verwertungsprozess nicht laufen, noch nicht mal das normale „Geschäft“ der Bestellung/Bezahlung von Rohmaterialien usw. und schon gar nicht die erweiterte Reproduktion.

Drittens

Auf eine grundlegende Unterscheidung ist hinzuweisen, die Zeise immer wieder durcheinanderbringt: Die Industriekapitalisten schießen Geldkapital vor, ihr eigenes oder fremdes, das mit dem Kauf der Produktionsvoraussetzungen den eigentlichen Verwertungsprozess eröffnet. Dies ist eine Angelegenheit nur der industriellen Kapitale. Von diesem Geldkapital zu unterscheiden ist das Leihkapital, das z. B. die verleihende Bank dem Industriellen auf Zeit als Kredit zur Verfügung stellt. Sobald sie es verliehen hat, besitzt sie nur noch einen Anspruch auf Zins und Rückzahlung, aber nicht mehr das Geld selbst. Solches fiktive Kapital (Schuld- und Eigentumstitel, Derivate etc.) ist kein zusätzliches Kapital, sondern erzeugt nur die Illusion, es handle sich um zusätzliche Werte. Nur weil die verschiedenen Formen des fiktiven Kapitals auf den Finanzmärkten eigenständig gehandelt werden, sind sie noch lange kein real fungierendes Kapital, das durch seine Verwertung neue Werte (und damit Mehrwert) erzeugt. Diesen Schein hat Marx schon im dritten Band des Kapitals beschrieben und er ist in seiner Grundfunktion nichts Neues: „Mit der Entwicklung des zinstragenden Kapitals und des Kreditsystems scheint sich alles Kapital zu verdoppeln und stellenweise zu verdreifachen durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschiedenen Formen erscheint.“<sup>4</sup> Es fragt sich nun an dieser Stelle, was die Aussage von Lucas Zeise konkret bedeutet, wenn er schreibt: „Tatsächlich ist es eine Illusion zu glauben, die nominelle Vervielfachung der Finanzwerte stelle zugleich eine Vervielfachung des wirklichen Kapitalwertes dar. Jedoch gehört es gerade zum Wesen des Finanzsystems, daß diese Illusion sich durchsetzt. Wo die Gefahr besteht, daß fiktives Kapital seinen Anspruch auf Zahlung nicht durchsetzen kann, wo also der ‚Illusion‘, daß es sich um einen Vermögenswert‘ handelt, nicht auf’s Wort geglaubt und Folge geleistet wird, dort werden diese Zahlungsansprüche, wenn nötig mit Gewalt durchgesetzt.“ Es bleibt konkret zu fragen: Werden bei der Anmeldung von Ansprüchen z. B. auf höhere Dividenden, neue Werte (und neues Kapital) geschaffen oder ist es nicht einfach nur eine Umverteilung gesamtgesellschaftlicher Wertbildung? Zweitens helfen bei „fälliger Zahlung“ die „mit Gewalt“ durchgesetzten „Zahlungsansprüche“ nicht weiter, wenn die Konkursmasse nichts hergibt. Das fiktive Kapital entwertet sich zusammen mit dem in Konkurs gegangenen fungierenden Kapital, auf das es einen Anspruch auf Zins und Rückzahlung besaß. Und drittens: Wo ist hier der prinzipielle Unterschied zur Funktionsweise des Kapitals im 19. Jahrhundert?

Viertens

Lucas Zeise betitelt seinen Beitrag mit „Die Herrschaft des Finanzkapitals“ (ähnlich sehen dies leider auch Dutzende anderer AutorInnen) und spricht damit nicht nur von einem Verschmelzen verschiedener Kapitalformen, sondern auch von einer Machtausübung ein

er bestimmten Kapitalfraktion. Wer den funktionellen Unterschied von Geldkapital, Industriekapital, Leihkapital und fiktivem Kapital verwischt, kann natürlich leicht zu dieser Verschmelzungstheorie und Theorie einer spezifischen Herrschaftsausübung gelangen, nämlich der des angeblichen „Finanzkapitals“. Zeise begründet diese Herrschaft unter anderem damit, dass die Banken „Geld aus dem Nichts schöpfen“ könnten. Hätten sie diese Fähigkeit tatsächlich, dann kämen sie in den Besitz der gesamten Warenwelt, wenn sie nur genug Geld schöpfen würden. Dies ist nicht nur unlogisch, es grenzt an's Absurde. Die Lehman-Pleite vom September 2008 hätte es gar nicht geben können, wenn Lehman die Macht besessen hätte, „Geld aus dem Nichts“ zu schöpfen. Die Banken können gerade kein Geld schöpfen. Auf gewisse Weise kann dies nur die Zentralbank, wenn sie z. B. Staatsanleihen kauft. Die von ihr mit einem Geldnamen (Euro, Dollar – je nach Währungsraum) versehenen Papierzettel gelangen in die Zirkulation. In gewisser Weise handelt es sich hierbei um „Falschgeld“, da sie kein wirkliches Wertzeichen für einen realisierten Warenwert darstellen. Wenn Geld gedruckt und in Umlauf gebracht wird, dem kein gesellschaftlich anerkannter Wert (also Warenwert) gegenübersteht, dann ist dies in gewisser Weise „Falschgeld“. Ein solches „Geld“ aus dem Nichts schafft Inflationsgefahren, die sich in einer beschleunigten Geldentwertung realisieren, sobald das Vertrauen in die Währung erschüttert wird. Erste Hinweise darauf liefert Großbritannien, wo aufgrund der gewaltigen Staatszuschüsse für die maroden Banken letztlich die Endverbraucher (oder die „Steuerzahler“, was im Normalfall ebenfalls zum größten Teil die lohnabhängige Bevölkerung ist) blechen. In den USA ist inzwischen eine ähnliche Entwicklung eingeleitet. Die Euro-Zone hat inzwischen schwer damit zu kämpfen, dass auf die von der EZB vergebenen Kredite hohe Abschreibungen anfallen, die das Eigenkapital aufzehren mit der Gefahr eines um sich greifenden Vertrauensverlustes in die Seriosität des Euro. Denn wenn der Emittent von Euros faule Kredite besitzt, dann wächst das Misstrauen, dass auch die emittierten Euros eine faule Währung sind. Möglicherweise ist die jüngste Euro-Schwäche bereits ein Hinweis darauf. Selbst die Macht der Zentralbank ist ökonomisch beschränkt, trotz ihrer staatlich eingeräumten Monopolstellung. Sobald sie das Vertrauen einbüßt, verliert sie die Fähigkeit, „Kreditgeber der letzten Instanz“ („lender of last resort“) zu sein. Ohne das Vertrauen der Warenbesitzer in das von ihr herausgegebene Geld verwandeln sich die mit vornehmen nationalen Symbolen ausgestatteten Geldscheine in nichtswürdige Papierlappen. Die von Zeise ins Spiel gebrachte Macht der Zentralbank, „Geld aus dem Nichts zu schöpfen“, hat also ökonomische Grenzen, auf die noch nicht einmal hingewiesen wird. Merkwürdig ist es schon, dass Zeise die ökonomischen Voraussetzungen der „Geldschöpfungsmacht“ nicht thematisiert, obwohl er sich doch selbst in die Tradition der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie stellt. Das „Kapitel vom Gelde“ hätte ihn gelehrt, dass die Geldform nicht einfach vom Staat gemacht wird, sondern eine Konsequenz des Werts der Ware ist. Warum ignoriert er die Marx'sche Geldtheorie und flüchtet stattdessen in die Niederungen vulgärer Auffassungen, „Banken“<sup>5</sup> (also nicht nur die Zentralbank) könnten voraussetzungslos Geld aus dem Nichts schaffen.

#### Fünftens

Wenn nun das Bankensystem keineswegs, wie Zeise behauptet, Kredit und Geld aus dem Nichts schöpfen kann, dann ist eine weitere These erschüttert, dass nämlich die dem Finanzkapital vom Staat verliehene Geldschöpfungsmacht die „beste Illustration“ dafür ist, „dass wir es heute mit einem staatsmonopolistischen Kapitalismus (kurz Stamokap) zu tun haben.“ Weder das Bankensystem kann sich dem ökonomischen Geldgesetz entziehen, noch ist es dem fungierenden Kapital möglich, das Wertgesetz, das sich in der Konkurrenz der Kapitale durchsetzt, zu modifizieren oder gar auszuhebeln. Es stimmt, dass es seit Ende des 19. Jahrhunderts zur Herausbildung von Trusts, Kartellen und Monopolen kam und weiterhin kommt. Aber diese Monopole wirken nur bedingt und keineswegs absolut. Sie halten Konkurrenten aus anderen Ländern (oder auch aus kleinerem, aufstrebendem Kapital) davon ab, nennenswerte Marktanteile zu erobern, aber das

funktioniert nicht endlos. Weniger wichtig sind dabei die Anti-Trust-Gesetze in den USA (1890, 1914 und dann in den 1930ern) und in der Folge in anderen Regionen der Welt, so auch in der EU, denn diese waren in den USA Ende des 19. Jahrhunderts nur eine Selbsterhaltungsmaßnahme angesichts der gesellschaftlich verheerenden Wirkung der „überhöhten“ Preise, die zu Protesten der Bevölkerung führten und drohten, den SozialistInnen politischen Auftrieb zu verschaffen. Bedeutsamer ist die grundsätzliche Frage des Extraprofits. Setzt sich in einer Branche eine höhere Profitrate durch (oder innerhalb einer Branche bei einem Hersteller mittels technologischer Rente), dann bleibt die Begierde der Konkurrenten nicht aus. Marx schreibt dazu: „Das Kapital entzieht sich aber einer Sphäre mit niedriger Profitrate und wirft sich auf die andre, die höheren Profit abwirft. Durch die beständige Aus- und Einwanderung, mit einem Wort, durch seine Verteilung zwischen den verschiedenen Sphären, je nachdem dort die Profitrate sinkt, hier steigt, bewirkt es solches Verhältnis der Zufuhr zur Nachfrage, daß der Durchschnittsprofit in den verschiedenen Produktionssphären derselbe wird und daher die Werte sich in Produktionspreise verwandeln. Diese Ausgleichung gelingt dem Kapital mehr oder minder, je höher die kapitalistische Entwicklung in einer gegebenen nationalen Gesellschaft ist...“<sup>6</sup>. An diesem Grundmechanismus hat sich bis heute nichts geändert. Allerdings ist eine Erschwernis für diese Bewegung hinzugekommen: Je höher die Kapitalsummen sind, die für den Beginn einer bestimmten Produktion benötigt werden (mit anderen Worten: je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals ist), desto schwieriger ist es für das konkurrierende (erst recht branchenfremde) Kapital, sich in diese Sphäre zu begeben. Dies hebt aber nur die Schwelle für den Einstieg (und lässt das kleine und mittlere Kapital eher draußen vor), aber es macht ihn nicht grundsätzlich unmöglich. Gerade heute, wo so viel anlagehungriges Kapital unterwegs ist, kann keine Sphäre, und sei die dortige Produktion noch so kapitalaufwendig, vor dem Eindringen von Konkurrenten sicher sein. Auch auf der rein empirischen Ebene spricht alles gegen die Theorie der wirklichen (und dauerhaften) Monopole. Wie ließe sich sonst erklären, dass auf dem heiß umkämpften Automarkt (wo die benötigte Investitionssumme auch nicht gerade gering ist) neue Konkurrenten (zunächst aus Korea, dann aus Indien und China) neu auf den Plan getreten sind? Außerdem: Heute gibt es weltweit 12 große Konzerne, die im Wesentlichen den Automobilmarkt beherrschen. Aber zwischen diesen Konzernen herrscht heftigste Konkurrenz. Es kann keine Rede von einem internationalen Trust sein, der die Preise abspricht, den Markt unter sich aufteilt und dann über diese Absprachen und das faktische Monopol Extra-Profite einführt, also höhere als in anderen Sphären der Kapitalverwertung. In wenigen Jahren wird es aller Vor

aussicht nach ein paar Autokonzerne weniger geben, weil in diesem harten Konkurrenzkampf 4 oder 5 oder gar 6 Konzerne die Grätsche machen. Heute kann noch nicht gesagt werden, wer die „Überlebenden“ sein werden, ob sich die indischen Autobauer durchsetzen werden usw. Eines der Opfer dieses Konkurrenzkampfes ist übrigens Opel, nicht weil GM die deutsche Tochter Opel nicht mag, sondern weil die weltweiten Überkapazitäten (heute mindestens 25 %) eine ausreichende Auslastung der deutschen Opelwerke nicht zulassen. Immer noch entscheiden der Umfang der Gesamtkapazitäten, die jeweilige Produktivität und die kaufkräftige Gesamtnachfrage über das Überleben einzelner Werke oder Konzerne. Von einer Nicht-Existenz der Konkurrenz kann nun wirklich nicht die Rede sein. Gäbe es keine Konkurrenz mehr, gäbe es in letzter Konsequenz auch keinen Kapitalismus mehr. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar.

Sechstens

Nun zurück zum Finanzkapital, von dem Zeise behauptet, dass es als „beste Illustration“ für die Gültigkeit der Stamokap-Theorie angesehen werden kann. Zeise schreibt: „Nach hundert Jahren ist die Feststellung, daß das Finanzkapital die politische und ökonomische Vorherrschaft innehat, so aktuell wie eh und je. Das Finanzkapital ist monopolistisches Kapital, soll heißen, es ist in der Lage, die eigene Profitrate höher zu

halten, als es in einem System des Konkurrenzkapitalismus, wo die Waren zu ihrem Wert getauscht werden, möglich ist. Die hohe Profitrate sichert sich das monopolistische Finanzkapital durch politische und ökonomische Maßnahmen des Staates. Wir sprechen deshalb zu Recht vom staatsmonopolistischen Kapitalismus.“ Hier sind gleich mehrere Fragen aufgeworfen, die Zeise nicht beantwortet. Wie kann sich das Finanzkapital (also das mit dem Bankkapital verschmolzene Industriekapital) die „eigene Profitrate höher halten“ als es im „System des Konkurrenzkapitalismus“ möglich wäre? Auf wessen Kosten? Oder wird der Wert (und der Produktionspreis) dann nicht mehr bestimmt aus der Summe von Kostpreis und Durchschnittsprofit? In welchem Verhältnis steht dieses Konstrukt überhaupt zum Wertgesetz? Gibt es etwa zwischen den Banken keine Konkurrenz mehr? Nächste Frage: Übernehmen sich nicht auch Banken beim Versuch, einen Konkurrenten zu schlucken? In Ergänzung zu den eingangs gemachten Ausführungen zur unterschiedlichen Funktion von Geldkapital, das zur Verleihung ansteht, und Industriekapital, das den eigentlichen Verwertungsprozess in Gang setzt (aber auf die ergänzende Funktion des Handelskapitals und des Bankkapitals angewiesen ist): Die Banken erzielen heute gerade keine tollen Extraprofite. Im Gegenteil: Gerade die Tatsache, dass immer wieder Ausfälle zu verzeichnen sind, hat die Bankenaufsicht veranlasst, die Vorschriften für die Eigenkapitalquote zu erhöhen (angestrebt werden jetzt 9 %), sodass sie heute einen Finanzierungsbedarf haben, von dem sie nicht wissen, wie sie ihn bewältigen sollen.<sup>7</sup> Es stimmt zwar, dass Banken mit Staatshilfen gerettet werden, wenn sie als „systemrelevant“ angesehen werden (also „too big to fail“ sind), aber das ist kein Beweis für hohe Profitraten in diesen Bereich, sondern nur eine Folge der Tatsache, dass der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ aus Gründen des Systemerhalts diese Bankenrettung betreibt und dies mit Mitteln, die die SteuerzahlerInnen aufzubringen haben. Letztlich wird also nur die Krise dieses Sektors in den Staatshaushalt verlagert.

Siebentens

Das Bankkapital ist nur deswegen im Schnitt einigermaßen „rentierlich“, weil die Gewinne privatisiert bleiben, die Verluste aber in großen Teilen sozialisiert werden. Gäbe es diese „Sozialisierung“ nicht, sähe es mit der Durchschnittsrendite im Bankensektor (und im Finanzsektor insgesamt) bedeutend bescheidener aus. Wie groß die Schwierigkeiten heute (Frühjahr 2012) sind, überschüssiges Kapital sicher und gleichzeitig gewinnbringend anzulegen, belegt die Tatsache, dass in den letzten Wochen deutsche Staatsanleihen gekauft wurden, die sage und schreiben null Prozent Zins einbringen! Hier haben nicht nur (genauer: nur zu einem verschwindenden Anteil) Privatpersonen solche Anleihen gekauft, sondern institutionelle Anleger, also solche Kapitalverwalter, die sonst bei den angeblich so profitablen Banken ihr Geld anlegen.

Achtens

Zeises Analyse des fiktiven Kapitals verläuft widersprüchlich. Zunächst stimmt er Sandlebens Kritik zu, dass es sich bei dem fiktiven Kapital keineswegs um den wirklichen Kapitalwert selbst handelt, sondern nur um einen „Anspruch“ auf Geld, etwa auf Zins, Dividende, Rückzahlung etc. Wenn allerdings die Gefahr bestehe, dass fiktives Kapital seinen Anspruch auf Zahlung nicht durchsetzen kann, würden diese Zahlungsansprüche „wenn nötig mit Gewalt durchgesetzt.“ Dieser juristische Anspruch dient Zeise als Beleg für die These, dass die „reale Ökonomie vom Kapitalmarkt aus gesteuert (wird)“. Zeise hätte auffallen müssen, dass er nur den Fall der Krise nimmt, also eine besondere Phase des Reproduktionsprozesses, um die Machtthese zu belegen. Implizit gibt er also zu, dass in „normalen Zeiten“ eine solche Macht gar nicht besteht. Er selbst relativiert seine eigene These. Wie sieht die behauptete Steuerung im Fall der Krise aus? Leider unterscheidet Zeise an dieser Stelle nicht zwischen Eigentumstiteln (z. B. Aktien) und Schuldtiteln (Anleihen) mit den entsprechenden Derivaten, die daraus abgeleitet sind. Ob die Ansprüche des Aktionärs auf Dividende und Wertsteigerung erfüllt werden, ist keine juristische, sondern eine ökonomische Frage. Ein unzufriedener

Aktionär kann alles andere, nur nicht selbst die Ökonomie steuern. Verkauft er die Aktie, dann hat diese Aktion praktisch keinerlei Einfluss auf die „reale Ökonomie“. Sorgt er zusammen mit seinen „Kapitalgenossen“, dass der Vorstand der Aktiengesellschaft ausgetauscht wird, dann hat er bestenfalls einen Funktionär des Kapitals gefunden, der die Bewegungen des Kapitals besser organisiert, d. h. die Zwänge der Konkurrenz sachgemäß exekutiert. Wenn schließlich die Aktiengesellschaft durch die Krise in die Pleite gerät, dann verliert der Aktionär seine Ansprüche. Statt steuernde Macht auszuüben, wird sein fiktives Kapital, nämlich die Aktie, entwertet. Eine solche Entwertung trifft auch die Schuldtitel. Juristische Ansprüche hin oder her – wo ein werthaltiger vollstreckbarer Titel fehlt, hat der Kreditgeber das Nachsehen. Zeise blendet diese Kapitalentwertung nicht nur aus, er erweckt den Schein, als wäre eine solche Pleite ein Machtgewinn für die Bank, die sich durch Umwandlung ihrer Schulforderung in Eigenkapital „ganz real zum industriellen Kapitalisten (wandelt).“ Dass es sich hierbei um eine Sanierungsmaßnahme handelt, die einhergeht mit einer Entwertung des Kredits, verschweigt Zeise. Die Bank verliert, auch wenn sie Eigentümer wird! Dass das erst einmal gerettete Unternehmen möglicherweise später prosperiert oder dass andere Leihkapitalisten sich billig einkaufen können in das zahlungsunfähige Unternehmen, ist wieder eine andere Sache. Wenn die Bank Aktionär wird, dann ist sie immer noch kein „industrieller Kapitalist“; sie selbst besitzt nur den Eigentumstitel, steuert aber selbst in diesem Fall nicht den industriellen Verwertungsprozess, auch wenn sie davon profitiert. Man sieht, wie die Verschmelzungsthese auch in diesem Fall zum Mythos Bankenmacht führt.

Neuntens

Zum Hineinregieren des „Finanzkapitals“ in die sogenannte Realwirtschaft („Die reale Ökonomie wird vom Finanzmarkt aus gesteuert.“, Zeise) muss noch auf die Ebene des tatsächlichen Funktionierens eines Industrieunternehmens hingewiesen werden. Wir müssen klar trennen zwischen den kaufmännischen Vereinbarungen, die eine Bank mit ihrem Kreditkunden bei der Kreditvergabe trifft, und der realen Verfügung über das im Industrieunternehmen fungierende Kapital. Ob die kaufmännischen Erwartungen wirklich eintreten und ob die Ziele erreicht werden, die bei der Kreditvergabe festgelegt werden, ist vor dem Ende des entsprechenden Kapitalverwertungsprozesses nicht wirklich zu klären bzw. ist solange nicht entschieden, wie der Markt nicht sein letztes Wort gesprochen hat. Entscheidend bei der Verfügung über das real vorhandene Kapital ist immer noch, dass das Industriekapital selbst am Zug und verantwortlich ist. Die jeweilige technische Geschäftsführung – in Zusammenarbeit mit der kaufmännischen – entscheidet über die konkreten Prozesse, die eingeschlagen werden, und zwar nicht nur, weil sie im Auftrag der realen BesitzerInnen handeln oder diese selbst sind. Es geht dabei sowohl um die Besitztitel an diesem Industriekapital wie um die technische (und kaufmännische) Kompetenz. Wo und wann haben Bank-Manager die Entscheidung getroffen, ob bei der Weiterentwicklung eines bestimmten Elektroantriebs auf 4-Quadrantensteller gesetzt werden soll, ob die Resolvertechnik eine Zukunft hat, ob für den Maschinenbau die Regelung integriert oder als Modul entwickelt und gesondert angeboten werden soll? Mensch merkt: Dies sind willkürliche Beispiele für Hunderte (!) von Entscheidungen vergleichbarer Art, die jeden Tag in der deutschen Metall- und Elektroindustrie auf strategischer Ebene getroffen werden müssen. Dies sieht noch ganz von den technischen Umsetzungsfragen ab, die jeden Tag Tausende von Entscheidungen erfordern, für die es auf unterschiedlichen Stufen sehr viele Fachleute braucht, die real der „Verfügungsgewalt“ (dem Direktionsrecht) des industriellen Kapitals unterliegen! Ob also der industrielle Kapitalist die eine oder die andere (Teil)lösung wählt und deswegen die eine Sorte von Vorprodukten benötigt oder eine andere, ob er diese Vorprodukte hier oder in China kauft, ob er sich für die eine oder die andere Produktvariante und –weiterentwicklung entscheidet, ob er

sich entschließt, den Beschäftigten die Löhne kürzen zu wollen oder eine Sonderzahlung zu gewähren, ob er Abteilungen schließt oder auslagert usw., all das unterliegt den unternehmerischen Entscheidungen des industriellen Kapitalisten. Es wird nicht im Büro der Bank geplant und gemanagt und die Bank vertritt das Unternehmen nicht gegenüber den klagenden Geschäftspartnern (oder Beschäftigten) z. B. vor Gericht bzw. in den Verkaufsverhandlungen für die zu produzierenden Produkte. Was die technische Leitung (gestützt auf die Konstruktionsabteilung) in Kooperation mit der kaufmännischen Leitung beschließt, wie sie welche Mittel, welches Know-how (gegebenenfalls auch Patente), welche technischen Anlagen sie einsetzt, ist ihr ureigenstes „Geschäft“ und obliegt der Verfügungsgewalt der Besitzer dieses industriellen Kapitals. Die Kombination dieser (zumeist bedeutsamen) technischen Mittel und des ausgereiften Know-hows ergibt übrigens die hohe Produktivität – und damit die extrem hohe Konkurrenzfähigkeit – der deutschen Industrie und macht ihre Exportstärke aus. All dies sind nicht untergeordnete Faktoren im internationalen Konkurrenzkampf und wird auch nicht von Bankmanagern oder dem Finanzkapital „gesteuert“. Die Vorgaben bei der Kreditvergabe (Hinterlegung von Sicherheiten etc.) ändern daran rein gar nichts.

Zehntens

Schlussfolgernd aus alledem können wir sagen, dass das „Finanzkapital“ ein theoretisches Konstrukt ist, weil es zum Einen diese Verschmelzung nicht gibt und zum Zweiten weil die Vormachtstellung des Finanzsektors (über die „Realwirtschaft“) nicht nachgewiesen werden kann. Wer sich einen Begriff von der Systemkrise machen will, der/die darf nicht in machttheoretischen Konstruktionen denken, sondern muss den gesamtkapitalistischen Verwertungsprozess im Blick haben. Wann, wie viel und wo im Einzelnen Kapital in größerem Umfang vernichtet wird, hängt von dem unklaren Ausgang des Konkurrenzkampfes zwischen den nationalstaatlichen Kapitalen ab. Und ob und wie stark die lohnabhängige Bevölkerung dabei bluten wird, hängt von der organisierten Gegenwehr derselben ab.

1 Zuerst erschienen 1910, neu aufgelegt bei EVA 1968 und 1973.

2 Stockhammer, Engelbert: Charakteristika eines finanzdominierten Akkumulationsregimes in Europa. In: WSI-Mitteilungen 60. Jg. 2007, Heft 12, S. 643-649, Demirovic, Alex und Sablowski, Thomas: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: PROKLA 42. Jg. 2011, Heft 166, S. 7-106, u. a.

3 Wobei Zeise nicht klärt, ob die Steuerung durch die Kapitalmärkte eine planmäßige (quasi zentral gelenkte) ist oder nur ein faktisches Steuern der einzelnen „realwirtschaftlichen“ Unternehmen durch jeweils andere Finanzmarktakteure ist, wir vermuten mal Letzteres.

4 MEW, 25, S. 488. Engels erläutert diese Vorgänge dann in einer Fußnote am Beispiel der Eisenbahnaktien.

5 Zeise schreibt: „Es ist die Fähigkeit der Banken, Kredit zu schöpfen, was wiederum nichts anderes heißt als die Fähigkeit, Geld aus dem Nichts zu schöpfen.“

6 MEW, 25, S. 206.

7 Laut Europäischer Bankenaufsicht (EBA) hatten die Banken im August 2011 einen Kapitalbedarf von 80 Mrd. €, im Oktober von 106 Mrd. € und mit dem Stresstest von Anfang Dezember 2011: 115 Mrd. €. Die Banken in Europa müssen 2012 zusammen rund 725 Mrd. Euro an Schulden zurückzahlen.

Was die junge Welt nicht bringen wollte....

In der Avanti 198 vom Mai 2012 schrieb Guenther Sandleben über „**Funktion und Macht der Banken**“. Die junge Welt hat diesen Beitrag am 29.5. nachgedruckt und am 30.5. eine Entgegnung darauf von Lucas Zeise

veröffentlicht. Jakob Schäfers Kritik an dieser Entgegnung zu veröffentlichen, hat die junge Welt verweigert. Wir drucken diese Kritik deshalb hier in vollem Wortlaut ab. Der Text datiert vom 06.6.2012

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus („Stamokap“)

Der staatsmonopolistische Kapitalismus sei die letzte Phase des Imperialismus. Das Hauptmerkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus sei: Die Großkonzerne ordnen sich den Staatsapparat in steigendem Maße unter. Der imperialistische Staat sei letztlich der ideelle Gesamtkapitalist im Dienst der Monopole.

Politisches Ziel der Linken müsse es sein, im Rahmen des bürgerlichen Staates zunächst eine antimonopolistische Demokratie durchzusetzen, um sodann die Produktion unter gesellschaftliche Kontrolle

zu stellen und die Betriebe sowie den Staat zu demokratisieren. Zur Erreichung dieses Ziels seien antimonopolistische Bündnisse der lohnabhängigen Klasse mit allen nicht-monopolistischen Schichten notwendig.

Rudolf Hilferding und „Das Finanzkapital“ (1910)

Rudolf Hilferding (1877 in Wien geboren, 1941 in Paris in Gestapo-Haft unter ungeklärten Umständen gestorben) galt in den 1920er Jahren als der „führende theoretische Kopf der SPD“. Während der Weimarer Republik war er 1923 und 1928/29 für die SPD Reichsfinanzminister. Sein ökonomisches Hauptwerk ist „Das Finanzkapital“ (1910), dessen Inhalt sich so zusammenfassen lässt:

„Ein immer größerer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.“ Die Großunternehmen und Marktzusammenschlüsse aller Art (am häufigsten in Form von Kartellen) wirken dahin, die freie Konkurrenz zu beseitigen. Zweck der Kartellierung ist es, Monopolpreise, und hierdurch Monopolgewinne, zu sichern. Das einzige Mittel hiergegen, das den Nicht-Kartellierten bleibt, ist ihr eigener Zusammenschluss. So „ist eine Tendenz zu stetiger Ausbreitung der Kartellierung vorhanden... Als Resultat des Prozesses ergäbe sich dann ein Generalkartell. Die ganze kapitalistische Produktion wird bewusst geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt.“ So besorge das Finanzkapital letztlich die Selbstaufhebung der kapitalistischen Ordnung.

Diese Auffassung von einem friedlichen Hinüberwachsen der kapitalistischen in eine sozialistische Ordnung spricht Hilferding besonders klar 1927 auf dem Kieler Parteitag der deutschen Sozialdemokratie aus:

„Organisierter Kapitalismus bedeutet ... den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion ... Das heißt nichts anderes, als dass unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewussten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“

Dieser Beitrag wurde publiziert am Sonntag den 5. August 2012

in der Kategorie: **Innenpolitik, RSB4.**